

14. MÄRZ 2014

DDR-Geschiedene dürfen nicht länger vertröstet werden

"Es ist ein Armutszeugnis für die SPD, dass sie die Rentenungerechtigkeit für DDR-Geschiedene nicht gleich im Koalitionsvertrag mit CDU/CSU abgeschafft hat", sagt Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, anlässlich der heute von Heike Taubert im Bundesrat thematisierten Gleichbehandlung insbesondere von Müttern und Vätern aus Ostdeutschland im Rentenrecht.

"Jetzt muss es eigene Initiativen aus den ostdeutschen Bundesländern geben, um Versäumtes zu reparieren", so Frau Stange. DIE LINKE unterstützt seit Jahren die DDR-Geschiedenen in ihrem Kampf um mehr Rentengerechtigkeit. Die im Dezember eingereichte Petition mit mehr als 3.000 Unterschriften betont die Dringlichkeit ihres Anliegens. "Ich werde die engagierten Frauen noch in diesem Halbjahr ein weiteres Mal zu einem Treffen einladen, um das weitere Vorgehen zu besprechen", sagt Karola Stange. "Es kann nicht sein, dass Milliarden ausgegeben werden, ohne ein paar tausend Frauen aus der Altersarmut herauszuholen, nur weil diese durch den Fall der Mauer benachteiligt wurden."